



Rüsselsheim am Main, den 30.05.2018

Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main  
Zentrale Dienste  
Büro Stadtverordnetenversammlung  
z. Hd. Frau Breunig  
Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim

### **Änderungsantrag zur DS 351/16-21( Beitragsfreistellung für den Besuch der Kindertagesstätten)**

Die FDP-Fraktion beantragt:

1. Punkt 2 des Beschlusses wird wie folgt geändert:  
„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Beitragsfreistellung bis zu sechs Stunden für alle Betreuungsformen in den städtischen Kindertagesstätten für Kinder vom vollendeten 3. Lebensjahr bis zum Schuleintritt.“
2. Punkt 3 wird entsprechend angepasst.
3. Die Betreuung über sechs Stunden bleibt anteilig gemäß Punkt E (Alternativen) gebührenpflichtig.
4. Der verbleibende Betrag von bis zu 286.000 Euro wird zweckgebunden im Kitabereich bspw. für Ad-Hoc-Reparaturmaßnahmen, zur Attraktivitätssteigerung oder Personalgewinnung investiert. Hierüber legt der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung einen Verwendungsvorschlag vor.

### **Begründung**

Studien wie „Eltern-Zoom 2018“ der Bertelsmann-Stiftung zeigen den Wunsch der hessischen Eltern nach mehr Investitionen in die Kita-Qualität. Eine weitergehende Beitragsfreistellung über die sechs Stunden hinaus sind nicht zwingend und qualitätsverbessernd. In der DS heißt es, dass die Stadt auf 175.000 EUR Einnahmen verzichten würde, die allerdings aufgrund administrativer Kosten von 130.000 EUR (2,5 Stellen!) auf 45.000 EUR zusammenschrumpfen würden.

Der Ansatz von 2,5 Stellen zur Bearbeitung von 1130 Buchungen ist u. E. zu hoch angesetzt, zum anderen könnten mit den mind. 45.000 EUR immer noch Anreize bei der Anwerbung von Erziehern geschaffen werden (z. B. Jobticket).

Daher sollte auf die vollständige Beitragsbefreiung in Rüsselsheim verzichtet werden.

Abdullah Sert  
Fraktionsvorsitzender